

Ressort: Politik

Umfrage: Nur vier Ministerpräsidenten würden Endlager im Land akzeptieren

München, 13.04.2013, 08:24 Uhr

GDN - Die Bereitschaft der Bundesländer, ein Atommüll-Endlager in ihrem Land einzurichten, ist trotz der Einigung auf eine neue und deutschlandweite Suche gering: In einer Umfrage des Nachrichtenmagazins "Focus" unter allen 16 Staatskanzleien sagten nur vier Länder zu, ein Endlager zu errichten, sollte die geplante Kommission einen geeigneten Standort in ihrem Land finden: Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. Bayern, Sachsen, das Saarland sowie die drei Stadtstaaten halten sich für nicht geeignet: Sachsen-Anhalt wollte sich nicht an der Umfrage beteiligen.

Die übrigen Länder bekräftigen nur die Einigung auf das Verfahren. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) betonte, "nur Salzgesteine und Tonformationen" seien für ein Endlager geeignet. "Solche sind in Sachsen nicht vorhanden." Auch Bayern erklärte, es komme "aus geologischen Gründen für ein Endlager nicht in Betracht". Auch Zwischenlager für die 26 Castoren aus dem Ausland, die in den nächsten Jahren einen Standort brauchen, will kaum ein Landes-Chef zur Verfügung stellen, wie eine weitere Anfrage des Magazins ergab: Bis auf Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein winkten alle ab. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) erklärte: "Es ist nicht im Interesse der Bevölkerung, wenn Castortransporte durch die ganze Republik rollen, obwohl gleichwertige Lagermöglichkeiten in geringerer Transportentfernung vorhanden sind." Gemeint sind die Küstenländer, da die Castoren auf dem Seeweg ankommen. Schleswig-Holsteins Regierungschef Torsten Albig (SPD) warnte Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) unterdessen vor einem Scheitern des Kompromisses. Der Minister sei in der Pflicht, auch die Zwischenlagerung der Castor-Behälter aus dem Ausland zu regeln, sagte Albig "Focus". Schleswig-Holstein hatte sich bereit erklärt, einen Teil der 26 Castoren zu nehmen, aber nicht alle. "Altmaier muss jetzt noch andere Partner suchen - sonst scheitert daran der gefundene Kompromiss", so Albig. Teil der Einigung der Minister von Bund und Ländern ist, dass nach Gorleben (Niedersachsen) keine zusätzlichen Castor-Behälter aus dem Ausland gebracht werden sollen. Altmaier sähe es am liebsten, dass die Castor-Behälter stattdessen nach Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) kommen. Albig drängt dagegen auf eine faire Lastenteilung. "Mir ist klar: Niemand wird zu Hause mit Lob überschüttet, der den Vorschlag macht, zusätzliche Castoren zur Zwischenlagerung bei sich aufzunehmen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-11770/umfrage-nur-vier-ministerpraesidenten-wuerden-endlager-im-land-akzeptieren.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619